



TAUWETTER

... *franziskanische Zeitschrift für Gerechtigkeit,
Frieden und Bewahrung der Schöpfung*



Impressum

Redaktion Tauwetter

Peter Amendt ofm, Stefan Federbusch ofm,
Markus Fuhrmann ofm, Jürgen Neitzert ofm,
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert ofm, Köln

Sie erreichen uns

Redaktion Tauwetter
Franziskaner
Burgstrasse 61 · 51103 Köln
Telefon 0221.873113 · Fax 0221.8700464
redtauwetter@aol.com
www.tauwetter-online.de

Gestaltung

www.kippconcept.de

Dankeschön

Tauwetter finanziert sich ausschließlich aus Spenden.
Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift mit
dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der
Schöpfung“ unterstützen.

Redaktion Tauwetter

Stadtsparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10)
Kontonummer: 10 130 896
IBAN: DE 43 3005 0110 0010 1308 96
SWIFT/BIC: DUSSEDDXXX

Editorial

In Syrien findet zur Zeit ein entsetzlicher Bürgerkrieg zwischen Truppen der Regierung von Präsident Baschar al-Assad und den Kämpfern verschiedener Oppositionsgruppen statt. Auslöser dieses Bürgerkriegs war ein friedlicher Protest während des Arabischen Frühlings Anfang 2011, der aufgrund harter Reaktionen der Regierung zum bewaffneten Konflikt ausuferte. Die Einflussnahme von Ländern aus dem Ausland gewann schließlich immer mehr an Bedeutung, Geld und Waffen wurden aus diesen Ländern eingesetzt und ausländische Freiwillige und Söldner kämpften in Syrien. Das ursprüngliche Ziel der Opposition, die Demokratisierung Syriens zu erreichen, wurde vom Kampf aus religiösen und ethnischen Gründen abgelöst.

Dieses Tauwetterheft möchte Hintergründe darstellen und Friedenslösungen vorschlagen.

Dr. Karl Grobe-Hagel war lange Zeit leitender außenpolitischer Redakteur der Frankfurter Rundschau. Er beleuchtet vor allem die außenpolitischen Kriegsursachen und Unterstützer des Krieges.

Pater Werner Mertens ist Kommissar des Heiligen Landes für die Deutsche Franziskanerprovinz. Er berichtet über die Arbeit der Franziskaner in Syrien und die Kriegsfolgen für einen Teil der starken christlich Minderheit.

Clemens Ronnefeldt, Diplom-Theologe, seit 1992 Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, kennt die Region durch Reisen zu Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel, Palästina und Ägypten. Er macht konkrete Vorschläge für die im März anstehenden Friedensverhandlungen.

Eine E-Mail von Clemens Ronnefeldt zu einer Studie von Richard Lloyd und Theodore Postol zum Giftgas-Einsatz in Damaskus und die Dokumentation eines Zeitungsartikels von J. Todenhoefer: „Verhandelt mit Assad!“ liefern weitere Informationen zu diesem bewaffneten Konflikt

Ein gutes und hoffentlich friedvolleres Jahr 2014 wünscht
Ihre Tauwetter-Redaktion.

Inhalt

Syrien Karl Grobe	6
NOTFALL SYRIEN Wie geht es den Brüdern und ihren Gemeinden dort? Werner Mertens OFM, Werl	11
Ein Friedensplan für Syrien Clemens Ronnefeldt	17
Zur Syrien-Berichterstattung: Studie von Richard Lloyd und Theodore Postol zum Giftgas-Einsatz in Damaskus Clemens Ronnefeldt	24
Syrien und der Westen: Verhandelt mit Assad! Jürgen Todenhöfer	26

Syrien

von Karl Grobe

Ein Zeitplan liegt vor. Die syrischen Chemiewaffen werden bis Mitte 2014 vernichtet werden – vorausgesetzt es findet sich ein Staat oder eine Gruppe von Staaten bereit, die Arbeit zu erledigen, und vorausgesetzt, die erforderliche Technik (einschließlich Sicherheitstechnik) ist verfügbar. Da ist die Lösung eines der vielen Knoten, aus denen die syrische Krise besteht, fast schon wahrscheinlich geworden. Andere Krisenfaktoren – ausländische Intervention, ethnische, soziale, religiöse, kommunale Konflikte – bestehen weiter, verschärfen sich, flauen ab, schaukeln sich neu auf, durchdringen und verstärken einander. Mit der Einigung auf einen Fahrplan für die Entfernung und Vernichtung der C-Waffen ist nur ein Thema abgehakt; beendet ist es nicht. Abgewendet ist (vorerst?) der verniedlichend so genannte Militärschlag mit Abstandswaffen, das eine Woche andauernde Bombardement angeblich genau definierter – und natürlich ausschließlich militärischer – Ziele. Jene Art der Kriegführung also, die sich der westlichen und besonders der amerikanischen Öffentlichkeit leichter vermitteln lässt; wenn Vizepräsident Joe Biden nach dem Libyen-Krieg lobte: „Diesmal hat Amerika zwei Milliarden Dollar ausgegeben und kein einziges Menschenleben verloren. Das ist eher ein Rezept für unseren Umgang mit der Welt als das, was vorher war“, wird klar, dass unamerikanische Menschenleben nicht gelten.

Die C-Waffen-Einigung ermöglichte es dem US-Präsidenten, jenen Militärschlag zu vermeiden, ohne vor der US-Öffentlichkeit als wortbrüchiger Feigling zu erscheinen. Sie ermöglichte es dem russischen Präsidenten, einen größeren Konflikt mit den USA zu vermeiden und seinen syrischen Verbündeten auf eine Art fallen zu lassen, die auch ihn nicht als

wortbrüchig erscheinen ließ. Dass der Abbau des C-Waffen-Arsenals Damaskus das Abschreckungspotential nimmt, das in der zynischen Logik des Massenvernichtungskriegs der Regierung Assad Sicherheit gegen eine masivere Intervention gewähren könnte, ist eine einkalkulierte Nebenwirkung.

Das Kräfteverhältnis in der Region vom Suezkanal über den Schatt el-Arab bis zum Indus, im weiten Bogen um den Persischen Golf, hat sich dadurch verschoben. Syrien als Verbündeter Irans und indirekt der schitischen Kräfte in Irak und der libanesischen Hisbullah ist geschwächt, freilich nicht ganz ausgeschaltet, wie die amerikanisch geführte Seite in dem Stellvertreterkrieg gehofft hatte. Konservative Theoretiker halten an den Denkweisen der Geopolitik fest, erweitern diese aus dem späten 19. Jahrhundert stammende Lehre um einige Bestandteile und haben sich vom kolonialistischen Denken verabschiedet. Doch sie theoretisieren auch im 21. Jahrhundert weiter in Kategorien, die geradewegs aus dem Weltatlas übernommen scheinen – in Staatsgrenzen und von diesen umschlossenen Flächen. Für wirtschaftliche Überlegungen ist darin durchaus Platz, gerade auch für Wirtschaftsgeographie. So hat der Politologe Zbigniew Brzezinski, der Berater mehrerer konservativer US-Präsidenten war, geradezu den Begriff des Großen Spiels exhumiert; was um 1900 die kolonialpolitische Konkurrenz zwischen dem Zarenreich und der britischen Monarchie war, ist in neuer Färbung der Kampf um die Macht in und über Zentralasien. Neben der Herrschaft über Erdöl- und Erdgasquellen ist dies ein Gegenstand weltpolitischen Strebens. Iran ist nicht nur ein Land mit bedeutenden Energierohstoffquellen, sondern auch ein Staat nahe dem Brennpunkt des neuen Großen Spiels, und insofern ist der syrische Bürgerkrieg eben auch ein Stellvertreterkrieg. Für die religiösen, kulturellen, gesellschaftlichen Hintergründe und Fronten dieses Konflikts ist in dieser Anschauung kaum mehr Platz, und die Schicksale der Opfer – fast jeder vierte Bewohner Syriens ist ins Ausland geflohen oder auf der Flucht im Lande selbst – kommen darin fast gar nicht mehr vor. Der geopolitische Ansatz erweist sich als menschenverachtend.

Doch gerade dieser Ansatz überlagert die anderen Konfliktebenen und vertieft die Krise. Nur die Verknotung politischer und wirtschaftlicher

Interessen macht die aktuelle Koalition möglich, welche die arabischen Petro-Emirate, die USA, Israel, Erben der Qaida und die exilierte syrische Alt-Opposition zusammenhält. Saudi-Arabien, die Golf-Emirate und Katar treten ja nicht in erster Linie aus religiösen Gründen als die starken Verbündeten bestimmter sunnitischer Milizen auf. Sie stützen solche Gruppen, weil diese gegen das Assad-System kämpfen und weil sie dadurch – indirekt – zur Schwächung Irans beitragen. Nebenbei ist es der Front der petrofeudalen Staaten gelungen, den Bürgerkrieg in einen Religionskrieg zu transformieren. Saudi-Arabien liefert die Ideologie – oder doch die Ideologen – des Religionskrieges gegen Schiiten, Alawiten und vor allem Nicht-Muslime. Die Monarchie, die in reiner Erbfolge von Söhnen des Reichsgründers Abdulaziz Ibn Saud (regierte 1932–1953) regiert wird, bewaffnet die extremistischen Gruppen auch reichlich. Übrigens ist Saudi-Arabien international der beste Kunde der deutschen Rüstungsindustrie.

Für Militante, die sich – aus welchen tieferen Gründen auch immer – auf dieser Seite am Religionskrieg in Syrien beteiligen wollen, stellen Saudi-Arabien und die Golf-Emirate Finanzmittel zur Verfügung, zahlen für ihre Anreise und für ihre Ausbildung zum Kämpfer. Junge Männer aus der Kaukasus-Region der früheren Sowjetunion sind dort ebenso aktiv wie Afghanistan- und Bosnien-„Veteranen“, algerische und (angeblich an die 150) deutsche radikalisierte Extremisten. Sie mögen glauben, für die von ihnen rezipierte Version des Islam zu kämpfen; sie werden vielmehr im politischen und ökonomischen Interesse einer Oberschicht missbraucht und verheizt, deren eigene Lebenshaltung die Ideologie Lügen straft. Die Ideologie ist die wahhabitische Version des Islam, der Salafismus (die Rückkehr zum Leben des Propheten und seiner gläubigen Zeitgenossen), eine rückwärtsgewandte Lesart, an der die weltoffene Tradition der persisch-arabischen Theologie, Philosophie und Naturwissenschaft vor 1200 ebenso spurlos vorübergegangen ist wie die andalusische Koexistenz der drei abrahamitischen Religionen vor der Reconquista.

Eine dieser Kampforganisationen ist die Nusra-Front. Sie ist in den Bewässerungsgebieten am Euphrat aktiv, soll über mehr als 10.000 Bewaffnete verfügen und sieht sich, eigenen Bekundungen zufolge, keineswegs als

eine nur lokale Bewegung an. Sie tritt für ein weltweit herrschendes Kalifat gemäß der alten Lehre ein. Im Sommer 2013 bekannte sich ihre Führung zur Fusion mit der irakischen Al-Qaida-Nachfolgeorganisation. Ausländische Militante (nicht nur Regime-Anhänger verspotteten sie als „Jihad-Touristen“) mit Erfahrungen aus den Afghanistan-Kriegen, aus Algerien und – wie die Fusion mit der irakischen Qaida nahelegt – aus Irak machen einen gewissen Teil ihrer Stärke aus. Auch mitteleuropäische Jihadisten sollen hier bemerkt worden sein.

Andere Jihad-Organisationen konkurrieren mit der Nusra-Front, lehnen beispielsweise (wie Ahrar al-Scham in derselben Region) die Forderung nach einem weltweiten Kalifat ab und verfechten einen islamischen Staat Syrien. Eine einflussreiche Organisation der syrischen Kurden kämpft gegen diese Milizen und verweist auf Erfolge, „weil die letzten Endes nur wegen Geld kämpfen“, wie ein Vertreter der Kurdenorganisation im November in Paris äußerte. Aber es sind eben nicht nur Söldner. Es sind sehr oft junge Männer, die in ihren Heimatländern keine Perspektive für sich selbst sehen, sich wegen ihrer Herkunft (das fatale Wort „Migrantenhintergrund“ und die damit verbundene Ablehnung und Abwertung) diskriminiert sehen, aber in vielen Fällen gut ausgebildet sind. Diese Einschätzung dürfte vor allem auf einen erheblichen Teil der Militanten aus der ehemaligen Sowjetunion zutreffen. Sie verstehen sich dann als antiimperialistische Kämpfer, ohne zu begreifen, dass sie in einer gemeinsamen Front mit den USA, westeuropäischen Regierungen (und Wirtschaftsinteressenten) und Israel stehen – gegen die Regierung Assad, die repressiv und mit Organisationen wie den Muslimbrüdern bitter verfeindet, aber keineswegs eine Marionette „des Imperialismus“ ist. Und repressive Verächter der grundlegenden Menschenrechte für alle, die nicht den richtigen Stammbaum nachweisen können, sind die Regimes in Katar, den Golf-Emiraten und Saudi-Arabien erst recht, im Widerspruch zu den im Koran neben anderem niedergelegten Friedensbotschaften.

Die materielle Förderung durch eben diese Erdölstaaten hat nicht allein die Transformation des vielschichtigen Volkswiderstands gegen das Machtssystem des Assad-Clans und seiner Anhänger in einen Religionskrieg

bewirkt. Sie hat auch eine höchst merkwürdige Umkehrung alter Feindschaften und alter Bündnisse erzeugt: die USA, traumatisiert durch 9/11 und danach mobilisiert gegen die vermutlichen Urheber der Terrorakte in New York und Washington, nun im Bund mit eben der unter Tatverdacht stehenden Al Qaida; die arabischen Staaten, soweit sie von Ölgeldern abhängen (also fast alle), im Bunde mit Israel, das woanders gegen Palästinenser-Organisationen wie Hamas und Fatah sowie gegen die Hisbollah kämpft; radikale Islamisten Hand in Hand mit den amerikanischen Neokonservativen... Neu ist das allerdings nicht: Die Zusammenarbeit mit den Taliban (bis 2001) in Sachen Erdöl gehörte zu den Geschäftsgrundlagen von US-Petro-Trusts, wie vorher die (mit der Saudi-Dynastie gemeinsam betriebene) Finanzierung der islamistischen Militanten gegen die UdSSR in Afghanistan, der Ur-Zelle dieser sonderbaren Allianz.

Hinter den Nachrichten über C-Waffen und ihren Abtransport verschimmen diese Hintergründe. Dahinter verschwindet zudem die Information über die offenkundig anhaltende Stabilität des Regimes. Sie hängt freilich unmittelbar mit der Ethnisierung des Bürgerkriegs und seiner Umwandlung in den Religionskrieg zusammen: Anhänger eines weltoffenen Islam, anderer islamischer Richtungen wie Schiiten, Alawiten, Sufis, besonders aber das Bevölkerungs-Zehntel der Christen (und Syrien weist eine große Zahl christlicher Konfessionen mit alten Traditionen auf) müssen verschärfte Unterdrückung befürchten, wo sich die radikalen Gruppen durchsetzen. Die Alternative des säkularen Widerstands und der Freien Syrischen Armee ist in den letzten Monaten in sich zusammengefallen. Was – neben militärischen Erfolgen – Assads Macht festigt.

Wer die Folgen des Krieges zu tragen hat, lässt sich mit einem Wort sagen: Das syrische Volk. Von 23 Millionen Einwohnern waren Mitte des Jahres (wie die BBC errechnete) zwei Millionen auf der Flucht ins Ausland – in den allermeisten Fällen in Notquartiere und Lager mit prekären Versorgungsbedingungen –, fast eine Million im Libanon, dessen einheimische Bevölkerung gerade 4,2 Millionen zählt und das an den Folgen jahrzehntelanger Bürgerkriege und fremder Interventionen leidet. Und vier bis fünf Millionen Syrer sind so genannte Binnenflüchtlinge: Sie haben ihre Heimat,

ihre Berufe, ihre sozialen Netze, oft die einfachste Unterkunft verloren. Und sie sind, da von den Kämpfenden misstrauisch beobachtet, stets von neuer Verfolgung bedroht.

Die Verfolgten aufzunehmen ist ein Gebot der Menschlichkeit. Europas Regierungen, auch die deutsche, zieren und verweigern sich, lassen sich allenfalls auf Quotierungen ein. Die humanitäre Hilfe – so wichtig, so unverzichtbar sie ist – löst die Not nicht. An friedenspolitische Anstrengungen besagter Regierungen zu denken ist da utopisch. Leider.

NOTFALL SYRIEN

Wie geht es den Brüdern und ihren Gemeinden dort?

Werner Mertens OFM, Werl

„Während wir uns dem Weihnachtsfest nähern mit dem Propheten, den wir in diesen Tagen des Advents hören, und wie die Lesungen des Sonntags „Gaudete“ (‚Freuet Euch‘) bestätigen, möchte ich mich eigentlich mit einer freudigen Nachricht melden“, so schrieb mir am 15.12.2013 der Kustos aus Jerusalem, Pater Pierbattista Pizzaballa, der Obere der franziskanischen Ordensprovinz des Heiligen Landes, zu der auch die Franziskanerklöster und die Brüder in Syrien gehören. „Leider und wieder einmal muss ich aber Ihre Aufmerksamkeit auf die zunehmend schwierige Situation in unseren beiden letzten christlichen Dörfern in der Gegend des Orontes-Flusses in Syrien lenken. Der Norden Syriens ist nun mehr und mehr fest in den Händen von extremen Rebellen, während die sogenannten „moderaten“ Kräfte an

Einfluss verlieren. Die Rebellen, die „unsere“ Gegend kontrollierten und die bisher als tolerant angesehen wurden, sind durch extreme Gruppen ersetzt, die in ihren „Emiraten“ die Anwesenheit von Nicht-Muslimen nicht wollen. Die letzten Befehle, von denen unsere Brüder berichten, sind: Alle Kreuze müssen verschwinden. Es ist verboten, die Kirchenglocken zu läuten. Alle Statuen müssen entfernt werden. Frauen dürfen das Haus nicht verlassen, ohne ihr Gesicht und die Haare zu bedecken.

Im Falle der Verweigerung, diese Befehle zu befolgen, wird das islamische Recht angewandt.

Wer dies nicht akzeptiert oder weggeht, wird liquidiert. Diese Anordnungen beziehen sich auf die Orte Knaye, Yacoubie und Jdeideh (südwestlich von Aleppo), in denen zur Zeit unsere Franziskanerbrüder arbeiten. Genau dies hat sich im letzten Juni in Ghassanie ereignet. Ein Hinweis für diejenigen, die diese Gegend nicht kennen: in diesen Orten leben ausschließlich Christen. Ich lade alle ein, für alle Gemeinschaften in Syrien zu beten, besonders für jene, die unter der Kontrolle dieser Extremisten leben. ... Wir beten, daß die Herzen dieser Menschen offen sind zum Hören, und besonders beten wir, dass unsere kleine Herde in Syrien fortfahren kann, auf den Herrn zu vertrauen, ohne Furcht.“ Soweit der Bericht des Kustos aus Jerusalem.

Die Lage für die Christen in Syrien und für alle Menschen dort, die unter dem Krieg zu leiden haben, verschlechtert sich immer mehr.

„Es war der schwierigste Tag meines Lebens, und ich habe mich ihm mutig entgegengestellt, indem ich mich ganz Gott anvertraut und ihn gebeten habe, mir die richtigen Worte für meine Gläubigen zu geben an dem Tag im Juni 2013, an dem ich die Beerdigungsmesse im Franziskanerkloster in Ghassanieh/Syrien für den dort kurz zuvor ermordeten Priester Francois Murad zu feiern hatte.“ So beschrieb der syrische Franziskaner Pater Firas seine Erfahrungen über seinen Einsatz in den Franziskanergemeinden südwestlich von Aleppo, in denen er auf Bitten des Kustos den dortigen Pfarrer in den Monaten von April bis September 2013 vertreten hat, nachdem

die Rebellen die Orte Knaye, Yacoubie und Ghassanie im Tal des Orontes-Flusses überrannt hatten und das Kloster in Knaye bombardiert worden war. Das Innere der Kirche wurde verwüstet, Bänke und Statuen wurden zerstört, der Tabernakel war offen. Inzwischen wurde diese Kirche in eine Moschee „umfunktioniert“. Es waren Gewehrschüsse, die ihn umgebracht haben“, so Pater Firas weiter. „Neben dem Körper des Ermordeten standen drei bewaffnete Männer. An ihrem Akzent konnte ich leicht erkennen, dass sie keine Syrer sind. Sie haben mir auch von einem Tschetschenen berichtet, der sich noch im Gebäude befindet und weiter auf den armen „Abouna Francois“ schimpfte. Zum Glück hat er mich nicht gesehen, sonst hätte er auch mich umbringen können.“

Währenddessen befanden sich im oberen Stockwerk des Klosters drei Rosenkranz-Schwester, die voller Angst und Sorge die Lage verfolgten. Die Nachricht über den Tod von „Abouna Francois“ löste bei der kleinen christlichen Gemeinde vor Ort Entsetzen aus. „Während der Beerdigung“, so Pater Firas weiter, „ist es nicht leicht gewesen, die richtigen Worte zu finden, die nicht als Botschaft zugunsten der Regierung oder der Rebellen hätten ausgelegt werden können. Ich bin auf keiner Seite, nur auf der Seite des Herrn und meiner Brüder, die syrische Bürger sind und die als solche das Recht haben, diesen Grund und Boden zu bewohnen und mit Würde im eigenen Land zu leben.“ So berichtet Pater Firas weiter. Die Gegend des Orontes-Tales wird von Rebellen kontrolliert. Von den drei dortigen Franziskanerpfarreien ist die Lage in dem Ort Ghassanieh am dramatischsten. Hier befinden sich viele Qaeda-Milizen, meist Ausländer afghanischer und tschetschenischer Herkunft. Im Ort Yacoubieh sind Rebellengruppen, die überwiegend aus Syrern bestehen und häufig untereinander im Streit liegen. Die Gegend von Knaye wird hauptsächlich von der sog. freien syrischen Armee kontrolliert, auch wenn es hier nicht an Elementen fehlt, die die Shari'a aufzwingen wollen.

„Als ich im April 2013 in Knaye angekommen bin“, berichtet Pater Firas weiter, „habe ich eine schreckliche Situation vorgefunden. Fast jede Nacht war ich gezwungen aufzustehen, um nachzusehen, ob jemand von den Raketen, die immer wieder auf das Dorf fielen, verletzt und getötet worden

war. Es sind etwa 300 Christen, die sich entschieden haben, in diesem Ort auch nach dem Abzug der offiziellen syrischen Armee zu bleiben. Es sind Menschen, die sich auf keine Seite stellen wollten, auch wenn die Regierung sie für Komplizen der Terroristen hält und die Rebellen meinen, dass sie als Christen mit dem Regime verbunden seien. Zudem entführen die Oppositionsgruppen, wenn sie Geld brauchen, gerade die Christen.“

Die Bewohner des Dorfes haben nichts mehr, wovon sie leben könnten: viele haben ihre Arbeit verloren, und den Bauern wurde die Ernte gestohlen. Zum Glück konnten die armen Familien auf die Solidarität des Franziskanerklosters St. Josef zählen. Jeden Monat verteilen die Brüder Mehl, Reis und Zucker und bieten jedem, der in Not ist, ihre Gastfreundschaft an, egal welchen Glaubens er ist. „Unser Kloster hat sogar Alawiten und Sunniten zusammen beherbergt und damit Versöhnung ermöglicht“, schreibt Pater Firas weiter. „Viele kommen auch nach Knaye wegen der liebevollen Behandlung durch Schwester Patrizia, eine italienische Schwester des Heiligen Unbefleckten Herzens Mariens. Trotz fehlender Medikamente und der schrecklichen Bedingungen, in denen sie lebt, hat Schwester Patrizia beschlossen, in Syrien zu bleiben, um Krankheiten zu heilen und die Tränen aller derer zu trocknen, die ihrer Hilfe bedürfen. Viele Muslime legen etliche Kilometer zurück, um sich von ihr behandeln zu lassen, denn sie sind davon überzeugt, dass ihre Hände gesegnet sind.“

„In Syrien wird zu Lasten unschuldiger Bürger ein Krieg ausgefochten. Jeder Tag verursacht größeres Leid, Bitterkeit, Tote und Zerstörung. Aber wir dürfen nicht das Vertrauen in die Zukunft verlieren und mutig den Anfang eines neuen Tages erwarten“ (P. Firas).

Die Präsenz der Franziskaner in Syrien reicht fast 800 Jahre zurück in die Zeit des hl. Franziskus, der auf dem Matten-Kapitel 1217 in Assisi die Provinz des Heiligen Landes gründete. Sie umfasste Ägypten, Palästina, Jordanien, Syrien den Libanon, die Türkei, Zypern und einen Teil von Griechenland.

Bereits in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts kamen einige Brüder nach Syrien. Am 15. Februar 1233 sandte Papst Gregor IX. eine Gruppe von

Franziskanern mit einem Empfehlungsschreiben an den Emir von Aleppo. In einem weiteren Brief aus dem Jahre 1238 übertrug Gregor IX. den Brüdern die Seelsorge an den Tempelrittern, die in der Zitadelle von Aleppo gefangen gehalten wurden. Im Jahre 1289 und später im Jahre 1557 wird berichtet, dass Franziskaner als Märtyrer in Syrien gestorben sind.

Ein schwerer Schlag für die Franziskaner in Damaskus war im Jahre 1860 der Aufstand der Drusen, deren Zorn sich gegen die Christen entlud. Unter den Hunderten von Todesopfern im christlichen Viertel der Stadt waren auch acht Franziskaner, darunter der Tiroler Pater Engelbert Kolland.

Im November 2013 schrieb mir ein Mitbruder aus Damaskus:

„Für die Christen, die in der Minderheit sind, ist das Leben sehr schwierig. Es herrscht das Recht der Stärkeren. Sehr häufig werden Menschen entführt im Austausch gegen ungeheuer hohe Lösegeldforderungen. Viele Muslime stehen in den Häusern, und niemand kann ihnen etwas sagen. Sie besetzen Häuser und Grundstücke, und die rechtmässigen Eigentümer können ihren Besitz nicht betreten. Als die Opposition diese Gegend besetzte, hat man zunächst versprochen, die christliche Religion zu respektieren, aber nachfolgend beginnen sie immer mehr, die Freiheit zu begrenzen.

Die Verantwortlichen der Opposition wollen mit Gewalt den Islam und das Gesetz der Sharia einführen für alle. In der Nähe von Damaskus hat eine fanatische Gruppe von Muslimen bekanntgegeben, dass der Islam sich nur durch das Schwert verbreite und dass man nun barbarischen Zeiten entgegengehe. In der Apostolischen Nuntiatur sind vor kurzem Bomben gefallen und haben Sachschaden verursacht. Zwei Bomben sind im Stadtteil „Bab Tuma“ („Tor des Thomas“) gefallen.

Am 3. November 2013 sind drei Bomben im Bereich unserer Pfarrkirche St. Franziskus in Aleppo-Azizie gefallen: eine auf das Dach der Bibliothek, eine auf das Katechetenzentrum und eine dritte neben der Kirche, wo die Gläubigen gerade aus der hl. Messe kamen.

Viele Ärzte haben das Land verlassen; die Mediziner werden immer seltener. Die Lebensmittel werden immer teurer. Von Damaskus nach Aleppo gibt es nur noch eine Strasse, die durch die Wüste führt; es dauert 10 Stunden und sie ist unsicher. Trotz des Krieges leben und arbeiten 11 Franziskaner zur Zeit in Damaskus in St. Antonius von Padua und in der Gedenkstätte „Bekehrung des hl. Paulus“ im Stadtteil Tabbaleh, in Aleppo in St. Antonius von Padua und St. Franziskus, in der Gegend des Orontes-Flusses im Bezirk Idlib (an der türkischen Grenze) in den drei Pfarreien Ghassanieh, Knaye und in Yacoubieh sowie in der Hafenstadt Lattakia, vorwiegend in der Pfarreseelsorge und in der Jugendarbeit. In der Stadt Aleppo steht seit mehr als 30 Jahren die große Schule „Terra-Santa-College“ leer (wie auch die meisten anderen christlichen Schulen), die sich dem politischen Druck nicht gebeugt haben. Die Franziskaner in Syrien, im Libanon und in Jordanien bilden wegen der politischen Verhältnisse die „Region St. Paulus“ mit einem eigenen Regionaloberen in der franziskanischen Ordensprovinz des Heiligen Landes („Kustodie des Heiligen Landes, Jerusalem“).

Seit dem Beginn des Krieges in Syrien haben die Franziskaner in ihren Klöstern Unterkünfte bereitgestellt, in denen etwa 200 Menschen schlafen können und wo etwa 400 Personen täglich mit dem Notwendigsten versorgt werden (Lebensmittel, Kleidung, Medikamente). Jeden Monat kommen etwa 50 Familien, die eine Wohnung suchen.

„Während der zweieinhalb Jahre des Krieges“, so schreibt der Kustos in seinem Aufruf, „haben wir dank der Großzügigkeit vieler Menschen viel Hilfe bekommen. Ihre Spende kann den Menschen in Syrien wirklich helfen. Syrien war immer eine Kornkammer für die Welt, aber nun benötigt Syrien selber Hilfe.“

Spendenkonto

„Hilfe für Christen in Syrien“ : Kommissariat des Heiligen Landes, Werl
Konto **55 050 400**, Bank für Kirche und Caritas, Paderborn, **BLZ 472 603 07**

Vermerk

„Christen in Syrien“.

Falls die vollständige Adresse angegeben wird,
erhalten Sie eine Spendenbescheinigung.

Ein Friedensplan für Syrien

von Clemens Ronnefeldt

Für Ende Januar 2014 ist in Montreux in der Schweiz eine Friedenskonferenz anvisiert, die Hoffnung auf ein Ende des Blutvergießens in Syrien aufkommen lässt. Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, erläutert Hintergründe, stellt Bedingungen und Möglichkeiten für einen Syrien-Friedensplan dar – und plädiert für eine humanere Flüchtlingspolitik in Deutschland.

1. Syrien: Spielball internationaler Interessen

Nachdem zu Beginn des Jahres 2011 Kinder in der an der jordanischen Grenze gelegenen Stadt Deraa an die Wand schrieben „Das Volk wünscht den Sturz des Regimes“, wurden sie und ihre Eltern schwer misshandelt und getötet. Der daraufhin einsetzende zunächst gewaltfreie Protest im gesamten Land, organisiert von mehreren hundert lokalen Komitees, hatte nur kurzzeitig überhaupt eine Chance zum Erfolg – einem Mehr an Demokratie und weniger Repression. Sehr bald bemächtigten sich ausländische Akteure des Aufstandes und setzten ihre eigenen Interessen auf dem Rücken der geschundenen Menschen in Syrien durch.

Die Interessen der US-Regierung, zahlreicher EU-Regierungen, der Türkei, der israelischen Führung wie den Führungen einiger sunnitischer arabischer Staaten wie Saudi-Arabien oder Katar lagen und liegen teilweise immer noch auf der Hand: Durch den Sturz von Baschar al-Assad soll(te) der wichtigste Verbündete Irans und der Hizbollah beseitigt werden, jene

Regierung also, die Waffen aus dem Iran durch Syrien an die Hizbollah seit Jahren passieren lässt – und damit dafür gesorgt hat, dass die israelische Regierung die iranischen Atomanlagen nicht angreifen kann, ohne selbst einem massiven Raketenhagel aus dem Libanon ausgesetzt zu sein.

Katar versuchte in den Jahren 2009/2010 in Verhandlungen mit Syrien, eine Erdgaspipeline durch Syrien in Richtung Türkei und Europa genehmigt zu bekommen. Die Verhandlungen scheiterten. Russland hat verständlicherweise kein Interesse, seine derzeitige starke Stellung auf dem Gasmarkt – knapp die Hälfte des europäischen Erdgases kommt aus Russland – mit Katar zu teilen.

Die russischen Interessen sind offensichtlich: Russland unterhält mit dem syrischen Hafen Tartus den einzigen Mittelmeer-Stützpunkt, der von russischen Kriegsschiffen angefahren werden kann. Russland kann über Syrien als einem zentralen Verbündeten seine Interessen in der Region wahren und versucht daher, den Sturz Assads zu verhindern.

Große Teile der Christen in Syrien, die 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen, unterstützen ebenso wie die 10 Prozent Alawiten, welche die Führungsränge in der Armee besetzen, nach wie vor Baschar al-Assad. Sie befürchten nicht zu Unrecht, nach dem Sturz Baschar al-Assads unter die Räder muslimischer Extremisten zu kommen. Anfang des Jahres 2014 waren nicht nur zehn Nonnen in Geiselhaft von Dschihadisten, sondern bereits etliche Priester, Ordensleute und andere christliche Gläubige ermordet.

Bei meinem Besuch 2004 in Damaskus berichtete der syrisch-orthodoxe Bischof, dass bei Kirchenneubauten die syrische Regierung Zollvergünstigungen auf Baustoffe aus dem Ausland gewähre. Die zumeist gut ausgebildete christliche Mittel- und Oberschicht konnte trotz des enorm repressiven Charakters des syrischen Regimes mit den säkularen Bedingungen des Staates weit besser leben als z.B. die Muslimbrüder, die von Hafiz al-Assad 1982 nach einem Aufstand in Hama so zusammen gebombt wurden, dass die Stadt in Trümmern lag und zwischen 10 000 und 40 000 Tote zu beklagen waren.

Inzwischen haben die US-Regierung wie auch andere westliche Regierungen erkannt, dass eine Patt-Situation eingetreten ist, bei der keine der beiden Konfliktparteien auf absehbare Zeit den Sieg davon tragen wird. Statt dessen droht ein jahrelanger Zermürbungskrieg mit unabsehbaren Destabilisierungsgefahren für die gesamte Region. Vor allem auch die Aussicht, dass dschihadistische Gruppen, die teilweise ein länderübergreifendes Kalifat mit der Scharia als Rechtsordnung in der Region errichten wollen, die Kontrolle über Syrien erringen könnten, hat zu einem Umdenken in westlichen Hauptstädten – und zum Beschluss eines Chemiewaffen-Abkommens in Genf geführt.

2. Elemente eines Friedensplans für Syrien

Die wichtigste Voraussetzung für ein dauerhaftes Ende der Gewalt ist die Teilnahme von relevanten Vertreterinnen und Vertretern beider Konfliktseiten. In Genf könnte beschlossen werden:

- » Ein Waffenstillstand und die Verhinderung des Staatszerfalls.
- » Die Bildung einer Übergangsregierung bis zur Möglichkeit von Neuwahlen.
- » Der Zugang für internationale Hilfsorganisationen zu Verwundeten und Verletzten.
- » Die Einrichtung von UN-überwachten entmilitarisierten Zonen.
- » Die Aufhebung von Sanktionen, unter denen die Zivilbevölkerung leidet.
- » Die Einrichtung von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen.

Eine zentrale Maßnahme wäre eine Vereinbarung in Genf, dass Saudi-Arabien, Katar, Türkei, USA, Frankreich und Großbritannien keine weitere militärische und logistische Unterstützung für die mehr als 100.000 Kämpfer der Rebellen sowie der Freien Syrischen Armee bereit stellen, Russland, China, Iran und Hizbollah entsprechend ihre militärische Unterstützung in Form von Waffenexporten und Kämpfern an die syrische Regierung einstellen. In Tunesien angeworbene Kämpfer erhalten teilweise 15-20.000 US-Dollar „Handgeld“, wenn sie in Syrien gegen die syrische Armee kämpf-

fen, dazu kommen bis zu 300 US-Dollar Tagessold, in Ägypten lassen sich Jugendliche unter 18 Jahren bereits für 2.000 US-Dollar verpflichten.

Kämpfern der verschiedensten Milizen könnten – wie in Jemen bereits mit Erfolg praktiziert – Umschulungsmaßnahmen angeboten werden, Al Kaida-Angehörigen Resozialisierungsmaßnahmen, um sie zur Beendigung ihres militärischen Einsatzes zu bewegen. In den Ländern Libanon, Jordanien, Türkei und Irak halten sich derzeit jeweils mehrere hunderttausend Flüchtlinge auf. Die Regierungen der genannten Länder brauchen dringend Unterstützung bei der Versorgung der Flüchtlingslager. Insbesondere den Kindern und Jugendlichen in den Lagern könnten Schul- und andere Bildungsangebote helfen, nicht in eine Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit zu fallen, die den Samen für den nächsten Krieg in sich trägt.

Noch immer steht eine Lösung der Golanhöhen-Frage aus, die 1981 völkerrechtswidrig von Israel annektiert wurden, aber zu Syrien gehören. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte drei Tage nach dieser Annexion in der Resolution 497 die israelische Entscheidung als „null und nichtig“ („null and void“) – mit dem Votum der US-Regierung. Bereits im Jahre 1999 waren sich Israel und Syrien bei den Verhandlungen um die Golanhöhen „so nahe gekommen, dass der amerikanische Gastgeber einen Vertragsentwurf verfasste“ (Margret Johansson, *Der Nahostkonflikt*, Wiesbaden, 2009, S. 109). Dieser wurde durch eine Indiskretion in der israelischen Zeitung „Haaretz“ vorab veröffentlicht, woraufhin Syrien wegen dieses Vertrauensbruches die Verhandlungen abbrach.

Kernpunkte waren gemeinsame Sicherheits- und Normalisierungsmaßnahmen wie etwa bilaterale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Es sollte eine israelisch-syrische Wasserbehörde eingerichtet werden. Israels Sicherheitsbedürfnis wollte Syrien durch die Zustimmung zu einer Frühwarnstation auf den Golanhöhen entgegen kommen, die von US- und französischen Soldaten hätte betrieben werden sollen. Selbst nach dem Libanonkrieg 2006 noch führten syrische und israelische Unterhändler weitere nichtöffentliche Verhandlungen zur Konfliktlösung. Im Falle einer Rückgabe der Golanhöhen würde Syrien bis ans Ostufer des Sees Genezareth reichen.

3. Weitere flankierende Maßnahmen

Die Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten ist überfällig. Eine solche Konferenz, an der alle an den Konflikten in der Region beteiligten Staaten teilnehmen, könnte zu folgenden Ergebnissen führen:

- » Zum Beschluss einer ABC-waffenfreien Zone.
- » Zum Beschluss zur Reduzierung der Reichweiten von Raketen und Trägersystemen, damit sich z.B. Israel und Iran nicht mehr gegenseitig erreichen können.
- » Zum Beschluss, alle weltweit betriebenen Uran-Anreicherungsanlagen unter Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien zu stellen.
- » Zur Einrichtung von ständigen Kommissionen zu den Themen Menschenrechte, Wasser, Interreligiöser Dialog, Friedenserziehung.
- » Zur Einrichtung von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen vor allem in den Ländern, die von Krieg und Terror am meisten betroffen sind.

Im Januar 2011 moderierte ich – zusammen mit dem UNO-Korrespondenten Andreas Zumach – eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten auf Nichtregierungsebene mit 27 Teilnehmenden aus neun Staaten (Israel, Palästina, Türkei, Irak, Iran, Jordanien, Syrien, Kuwait, Deutschland) über vier Tage hinweg in der evangelischen Akademie Bad Boll. Es gelang uns allen gemeinsam, Vertrauen aufzubauen und länderübergreifende Querschnittsgruppen zu Themen wie Wasser, Erneuerbare Energien, Friedenserziehung, Interreligiöser Dialog und eine Atomwaffenfreie Zone zu bilden.

Was auf der Nichtregierungsebene bereits gelungen ist, steht auf der großen politischen Ebene der Außenminister und Regierungschefs noch aus.

4. Flüchtlingshilfe in Deutschland

Nach UN-Angaben gab es im Anfang 2014 bereits mehr als 5 Mio. Vertriebene in Syrien und mehr als 2 Mio. Flüchtlinge im Ausland, davon fanden rund 97% Aufnahme in den Nachbarstaaten Libanon, Jordanien, Türkei und Irak. Seit Beginn der Aufstände im Jahre 2011 kamen ca. 20.000 syrische Asylsuchende überwiegend illegal nach Deutschland, wo aktuell rund 40.000 SyrerInnen leben.

Erst im März 2013 fasste die Bundesregierung den Beschluss zur Aufnahme von 5.000 Personen aus Syrien, von denen die ersten 107 mit einem halben Jahr Verzögerung in Hannover eintrafen. Ende des Jahres 2013 erhöhte die Bundesregierung – auch auf Druck von Kirchen und Flüchtlingsverbänden hin – die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge aus Syrien um weitere 5.000 auf aktuell 10.000 Personen.

Um überhaupt nach Deutschland zu gelangen, werden den syrischen Flüchtlingen erhebliche Hürden in den Weg gelegt: Für ein Visum – früher in Damaskus, heute in Beirut – bei der jeweiligen deutschen Botschaft gab es in der Vergangenheit eine monatelange Wartezeit. Mit Ausnahme der 10.000 Kontingentflüchtlinge kommt ohne Verpflichtungserklärung der Angehörigen in Deutschland, sämtliche Kosten privat zu tragen sowie den genauen Nachweisen der Verwandtschaftsverhältnisse, niemand aus Syrien nach Deutschland.

Friedensgruppen, kirchliche Verbände und Flüchtlingsinitiativen könnten sich dafür stark machen, eine pauschale Regelung der Krankenversorgung für die syrischen Flüchtlinge einzuführen.

Die Anerkennung der Flüchtlinge aus Syrien nach der Genfer Konvention ist überfällig, wird aber in den meisten Bundesländern nicht umgesetzt. Angehörigen sollte auch – wie in Schweden, das bei einer Gesamtbevölkerung von rund 9,5 Mio. Menschen 8.000 Flüchtlinge aus Syrien die Aufnahme zugesagt hat – das Recht auf Familiennachzug gewährt werden. Um ähnlich wie Schweden dazustehen, müsste die Bundesregierung ihren

Beschluss zur Aufnahme von 10.000 syrischen Flüchtlingen auf rund 70.000 Personen nach oben korrigieren. In Krankenhäusern könnten Verwundete ärztlich versorgt werden, was bereits vereinzelt geschieht.

Weitere Anregungen

In München startete im Sommer 2013 ein privater LKW-Konvoi mit Hilfsgütern nach Aleppo, der dort wohlbehalten ankam. Zu fordern ist die Einstellung aller Rüstungsexporte in die Region Naher und Mittlerer Osten, von Panzern nach Saudi-Arabien ebenso wie von atomwaffenfähigen U-Booten nach Israel.

Wenn demnächst in Syrien eingesammelte Chemiewaffen in Munster auf dem Truppenübungsplatz der Bundeswehr zerstört werden – die Bundesregierung hat dazu grünes Licht gegeben –, könnten darunter auch solche Chemikalien sein, die verschiedene Bundesregierungen zuvor zum Export nach Syrien genehmigt haben. Es wäre ein „Recycling“ der besonderen Art.

Zur Syrien-Berichterstattung: Studie von Richard Lloyd und Theodore Postol zum Giftgas-Einsatz in Damaskus

Clemens Ronnefeldt

Liebe Friedensinteressierte,

die Medien-Schlagzeilen zum Beginn der Syrien-Konferenz haben die schweren Menschenrechtsverletzungen des Assad-Regimes zum Thema: „Assads Verbrechen“ titelt z.B. die Süddeutsche Zeitung am 22.1.2014, S. 2.

Während die Fotos sich im Besitz der „Syrischen Nationalen Koalition“ befinden, die ein erkennbares Interesse hat, das Assad-Regime zu Beginn der Verhandlungen in die Defensive zu drängen, hätten die Leit-Medien in den letzten Tagen z.B. auch über ein Assad entlastendes Dokument aus „neutraler Quelle“ berichten können - was sie nicht taten.

Richard Lloyd, ein früherer UN-Waffeninspekteur, und Theodore Postol, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) für Wissenschaft, Technologie und Nationale Sicherheitspolitik, haben am 14. Januar 2014 unter dem Titel „Mögliche Auswirkungen falscher technischer US-Aufklärung beim Giftgasangriff in Damaskus am 21. August 2013 „ eine 23-seitige Studie veröffentlicht.

<https://www.documentcloud.org/documents/1006045-possible-implications-of-bad-intelligence.html>

Darin kommen sie zu folgenden Ergebnissen, die auf der Titelseite ihrer Studie nachzulesen sind:

- » Die syrischen unkonventionellen chemischen Waffen, die beim Nervengasangriff vom 21. August in Damaskus benutzt wurden, haben eine Reichweite von rund zwei Kilometern.
- » Die unabhängige Bewertung der Reichweite der chemischen Waffen durch die Vereinten Nationen steht in genauer Übereinstimmung mit unseren Ergebnissen.
- » Daraus wird ersichtlich, dass diese Munition unmöglich vom „Herz“ oder dem östlichen Rand des von der syrischen Regierung kontrollierten Gebietes nach Ostghuta abgefeuert wurde, wie eine Geheimdienstkarte zeigt, die das Weiße Haus am 30. August 2013 veröffentlichte.
- » Diese falsche Geheimdienstinformation hätte zu einer ungerechtfertigten US-Militäraktion aufgrund falscher Nachrichten führen können.
- » Eine genaue Überprüfung der Tatsache, dass die Waffen eine solch geringe Reichweite hatten, hätte zu einer völlig anderen Bewertung der Situation auf Grundlage der gesammelten Daten geführt.
- » Welche Gründe auch immer zu den ungeheuerlichen Fehlern in den Geheimdienstinformationen führten, die Quelle dieser Fehler muss aufgeklärt werden.
- » Wenn die Quelle dieser Fehler nicht identifiziert wird, werden die Vorgänge, die zu diesem Versagen der Geheimdienste geführt haben, unkorrigiert bleiben, und die Möglichkeiten für ein zukünftiges Politikdesaster werden mit Sicherheit wachsen.

(Übersetzung: Clemens Ronnefeldt)

Dokumentation

Syrien und der Westen

Verhandelt mit Assad!

Süddeutsche Zeitung vom 21. Januar 2014

In Syrien haben religiöse Fanatiker das Lager der Rebellen übernommen. Al-Qaida ist die größere Gefahr als das alte Regime. Der Westen ist mitverantwortlich dafür, dass aus einem Terroristenhaufen eine schlagkräftige Armee wurde.

Ein Gastbeitrag von Jürgen Todenhöfer

Inzwischen dämmert es selbst führenden westlichen Politikern, dass sie sich in Syrien verrannt haben könnten, wie in Afghanistan, im Irak, in Libyen, ja fast überall im Nahen und Mittleren Osten. Der syrische Diktator Assad hatte wohl doch mehr Rückhalt im Volk, als die meisten westlichen „Experten“ vorausgesagt hatten. Deshalb ist er, allen Prognosen zum Trotz, bis heute auch nicht gestürzt. Und die Rebellen kämpfen seit Langem mindestens genauso erbarmungslos, wie Assad das tut. Nach Auffassung des christlichen Patriarchen von Damaskus geht mindestens die Hälfte der Todesopfer auf ihr Konto, wie in den meisten Bürgerkriegen.

Der Westen hatte es ja angeblich gut gemeint, als er die anfangs unbestreitbar demokratischen Demonstranten in Syrien unterstützte. Verständnissvoll hatte er nach dem brutalen und unklugen Eingreifen des Regimes die Waffenlieferungen Saudi-Arabiens und Katars an die Aufständischen durchgewinkt. Dass die Demonstranten recht schnell von Extremisten beiseitegeschoben wurden, die dann ihrerseits von noch radikaleren Al-Qaida-Kämpfern verdrängt wurden, taten westliche Ferndiagnostiker als Verschwörungstheorie ab, zumindest aber als maßlose Übertreibung.

Syrien zerfällt

Inzwischen ist das Desaster jedoch unübersehbar. Syrien, einst Symbol des friedlichen Miteinanders der Religionen, zerbricht. Al-Qaida aber wird täglich stärker. In Afghanistan gab es 2001 gerade einmal einige hundert Al-Qaida-Kämpfer, im Irak 2006 waren es kaum mehr als tausend.

In Syrien aber kämpfen inzwischen mehr als 25.000 Al-Qaida-Terroristen ihren unheiligen Krieg. Sie kämpfen nicht nur gegen Assad, sie kämpfen auch gegen andere Rebellengruppen und gegen Teile des Volkes.

In Afghanistan und im Irak war al-Qaida eine äußerst umstrittene, meist geächtete Minderheit. In Syrien jedoch stellt al-Qaida mit „Jabhat al Nusra“ und „ISIS“ inzwischen die mächtigsten, effektivsten und bestbezahlten Rebelleneinheiten. Respektiert werden sie wegen ihrer Kampfkraft und ihres Todesmutes, gefürchtet wegen ihrer grenzenlosen Brutalität. Ihre Kämpfer verachten jede Form westlicher Demokratie. Sie streben eine Diktatur religiöser Fanatiker an, die sie in völliger Verkennung der arabischen Geschichte islamisches Emirats oder Kalifat nennen.

Welch ein groteskes Ergebnis des westlichen Versuchs, einen säkularen Diktator zu stürzen! Die wirre westliche Politik hat mitgeholfen, dass aus einem wilden Terroristenhaufen eine schlagkräftige, mit schweren Waffen, sogar Panzern ausgerüstete Armee wurde, die über die Grenzen Syriens hinaus Kriege führen kann.

Notwendigkeit, mit Diktatoren zu verhandeln

Der Westen muss diese absurde Politik beenden. Er muss hierzu, ob es ihm gefällt oder nicht, auch direkt mit dem syrischen Präsidenten verhandeln. Die Genfer Konferenz, die an diesem Mittwoch beginnen soll, ist ein guter Ansatz, aber sie wird den Konflikt nicht lösen können. Der Westen kann sich die pharisäische Haltung, Assad müsse erst einmal zurücktreten, bevor man mit ihm sprechen könne, nicht länger leisten. Politik ist kein Wunschkonzert.

Ronald Reagan und Willy Brandt waren sich nie zu schade, mit Diktatoren zu verhandeln, wenn dies dem Frieden diene. Sie ließen sich notfalls dafür auch diffamieren. Das unterschied sie wohltuend von all den Sofastrategen, die lieber in der warmen Stube sitzen und Kriegslieder singen, wie Goethe die Haltung von Kriegsbefürwortern in der sicheren Heimat einmal voller Verachtung beschrieb.

Mischung aus wahabitischem Eifertum und macchiavellistischem Zynismus

Der Westen muss als Erstes Saudi-Arabien, aber auch Katar überzeugen und notfalls zwingen, die militärische und finanzielle Unterstützung extremistischer Rebellen einzustellen. Saudi-Arabien scheint allen Ernstes ein von al-Qaida dominiertes Syrien dem autoritären Assad-Regime vorzuziehen. Riad sieht in Assad vor allem den Bündnispartner seines verhassten Konkurrenten Iran und einen alawitischen Ketzer.

Der Westen kann sich diese Mischung aus wahabitischem Eifertum und macchiavellistischem Zynismus nicht leisten. Der Terror-Tsunami, der sich in Syrien aufbaut, gefährdet auch unsere Sicherheit. Dass einige westliche Staaten dem weltweit wichtigsten Terrorsponsor Saudi-Arabien trotzdem Panzer und Kampfflugzeuge liefern, macht sprachlos.

Als Gegenleistung für einen Stopp der saudisch-katarischen Waffenlieferungen könnten die USA von Assad weitgehende Zugeständnisse an seine innenpolitischen Gegner verlangen, insbesondere an die lange sträflich vernachlässigten sunnitischen Bevölkerungsschichten. Die USA wissen inzwischen konkret, dass Assad dazu bereit wäre, wenn dies zu einem stabilen internationalen Frieden führen würde. Er ist, anders als die meisten arabischen Potentaten, nicht an einer lebenslangen Präsidentschaft interessiert. Die USA könnten all diese Punkte sehr schnell in direkten Gesprächen ausloten. In Damaskus, nicht in Genf.

Die syrische Exil-Opposition ist eine Erfindung des Westens

Die westliche Syrienpolitik muss sich ferner dafür einsetzen, dass Vertreter von Regierung und Opposition trotz aller Schwierigkeiten zügig eine funktionsfähige Übergangsregierung bilden. Deren Hauptaufgabe wird sein, die Entscheidung über die Zukunft des Landes so bald wie möglich durch Wahlen in die Hände des syrischen Volkes zu legen. Die syrische Exil-Opposition, die hoffentlich an den „Genfer Verhandlungen“ teilnehmen wird, kann hierzu wahrscheinlich nur einen bescheidenen Beitrag leisten. Ihr Ansehen in Syrien ist gering. Sie gilt als Erfindung des Westens – auch bei der überwältigenden Mehrheit der syrischen Rebellen. Dennoch könnte ihre Präsenz bei bestimmten Kompromissen hilfreich sein.

Strenge internationale Kontrollen müssten sicherstellen, dass die anzustrebenden Wahlen ordnungsgemäß ablaufen. Niemand erwartet, dass das leicht sein wird. Wegen des Widerstands von al-Qaida könnte voraussichtlich nur in zwei Dritteln des Landes gewählt werden. Das darf jedoch kein Hinderungsgrund sein. Auch durch regional begrenzte Wahlen würde man ein zuverlässiges Bild des politischen Willens des syrischen Volkes erhalten. Hierdurch würde auch eine legitime Basis für die Unterstützung Syriens im Kampf gegen al-Qaida geschaffen. Diesen Kampf hält inzwischen der überwiegende Teil des syrischen Volkes für erforderlich.

Niemand verlangt von den USA, dass sie gegenüber dem syrischen Diktator freundschaftliche Gefühle entwickeln. Erwarten kann man jedoch eine Realpolitik, die nüchtern analysiert, von wem die größere Gefahr ausgeht: von al-Qaida oder von Assad. Und dass diese Frage endlich richtig beantwortet wird. Im Interesse des gequälten syrischen Volkes und im Interesse der Weltgemeinschaft.

Jürgen Todenhöfer, 73, war in den 70er- und 80er-Jahren Sprecher der Unionsfraktion für Entwicklungs- und Rüstungskontrollpolitik. Später war er mehr als 20 Jahre Vorstand bei Burda. Seit Ausbruch der Kämpfe bereiste er Syrien sechs Mal.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/>

syrien-und-der-westen-verhandelt-mit-assad-1.1867870

TAUWETTER

...franziskanische Zeitschrift für Gerechtigkeit,
Frieden und Bewahrung der Schöpfung

2002

- 1 AFGHANISTAN – DAS UNBEKANNTE LAND AM HINDUKUSCH
- 2 AFGHANISTAN – MEHR ALS 2 JAHRZEHNTE KRIEG
- 3 ISRAEL UND PALÄSTINA – EIN LAND UND ZWEI GERECHTIGKEITEN
- 4 EHRFURCHT VOR DER SCHÖPFUNG

2003

- 1 KRIEG – NIEDERLAGE DER MENSCHHEIT
- 2 INTERNATIONALER RAT DES FRANZISKANERORDENS
FÜR GERECHTIGKEIT, FRIEDEN UND BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG
- 3 MIT EIGENSINN UND GOTTESGESPÜR:
KLARA VON ASSISI ZUM 750. TODESTAG
- 4 WASSER ALS LEBENSGUT

2004

- 1 MENSCHENWÜRDIG STERBEN
- 2 ZWEI KLASSEN MEDIZIN
- 3 GEWALTFRE
- 4 DER SUDAN ZWISCHEN MACHTKAMPF UND VÖLKERMORD

2005

- 1 PAX AMERICANA
- 2 DER HERR GEBE DIR DEN FRIEDEN – EINE NEUE WELT IST MÖGLICH
- 3 SOZIALSTAAT DEUTSCHLAND
- 4 EUROPÄISCHE IDENTITÄT

2006

- 1 ROTE KARTE FÜR DEN MENSCHENHANDEL
- 2 OSTAFRIKA: DIE WUNDE IM FLEISCH
- 3 20 JAHRE FRIEDENSGETET VON ASSISI
- 4 INTERKULTURELLES ZUSAMMENLEBEN –
MUSLIME UND CHRISTEN IN DEUTSCHLAND

2007

- 1 WELTZOZIALFORUM NAIROBI 2007
- 2 DIE SACHE DES FRIEDENS
- 3 KOLUMBIEN: DIE SCHATTEN DES TODES
- 4 ELISABETH – EINE LEIDENSCHAFTLICHE FRAU

2008

- 1 BEDROHT – VERFOLGT – VERTRIEBEN:
FLÜCHTLINGSSCHICKSALE IN OSTAFRIKA
- 2 GELD: GOTT-GÖTZE-GERECHTIGKEIT
- 3 FRANZISKANER IM DIALOG MIT DEM ISLAM
- 4 DER AFGHANISTAN – KONFLIKT

2009

- 1 ANSTÖSSE ZUR MENSCHLICHKEIT
- 2 KRISE AUS DUMMHEIT UND GIER
- 3 SCHÖPFUNG IM HERZEN DER SENDUNG
- 4 BIG BROTHER IS WATCHING YOU

2010

- 1 DIE BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG IM TÄGLICHEN LEBEN
DER MINDERBRÜDER
- 2 BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN
- 3 ZUSAMMEN-LEBEN IN DEUTSCHLAND
- 4 25 JAHRE EINSATZ FÜR GERECHTIGKEIT, FRIEDEN UND
BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG – 25 JAHRE TAUWETTER

2011

- 1 KEUSCHE HURE KIRCHE – DER MISSBRAUCHSSKANDAL
FAKTEN UND FOLGERUNGEN
- 2 WELTETHOS – WIR HABEN ES SATT
- 3/4 FRANZISKANISCHES ENGAGEMENT FÜR UMWELTGERECHTIGKEIT

2012

- 1 DAS FRANZISKANISCHE MENSCHENBILD –
FUNDAMENT DES FRIEDENS
- 2 MULTIRELIGIÖSES UND INTERRELIGIÖSES ZENTRUM
IN BELGRAD
- 3 WIRTSCHAFT BRAUCHT ETHIK
- 4 KIRCHE, ÖFFNE DICH!
II. VATIKANISCHES KONZIL – ERINNERUNG UND AUFTRAG

2013

- 1 KIRCHE, ÖFFNE DICH!
II. VATIKANISCHES KONZIL – MIT DER TRADITION IN DIE ZUKUNFT
- 2 ENERGIEWENDE
- 3 RÜSTUNGSEXPORT
- 4 FLÜCHTLINGE OHNE PAPIERE – EIN DRAMA MITTEN UNTER UNS.

BESTELLUNG ALTER HEFTE (VGL. WWW.TAUWETTER-ONLINE.DE) BEI:

REDAKTION TAUWETTER, FRANZISKANER,

BURGSTRASSE 61

51103 KOELN

TELEFON 02 21.87 31 13

TELEFAX 02 21.87 00 46 4

REDTAUWETTER@AOL.COM

WWW.TAUWETTER-ONLINE.DE